



# FoodFirst

FIAN DEUTSCHLAND  
FÜR DAS MENSCHENRECHT  
AUF NAHRUNG

AUSGABE 4/2022

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe FIAN-Mitglieder,

Menschenrechtsarbeit benötigt einen langen Atem. In der Fallarbeit braucht es oft Jahre, bis sich Erfolge einstellen – wenn überhaupt. Und auf internationaler Ebene vergehen mitunter Jahrzehnte, bis neue Prozesse verabschiedet und etabliert sind. Umso erfreulicher ist es, dass FIAN in den letzten Wochen gleich zwei Erfolge feiern konnte: Am 11. November hat der Bundestag der Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt zugestimmt. Opfer von Menschenrechtsverletzungen erhalten damit die Möglichkeit, ihren Fall von den Vereinten Nationen prüfen zu lassen. FIAN setzt sich seit über 30 Jahren für ein solches Beschwerderecht ein. Rolf Künnemann, Mitbegründer von FIAN International, lässt auf Seite 18 die wohl längste FIAN-Kampagne noch einmal Revue passieren.

Nur zwei Wochen später wurde einer Klage von FIAN gegen die KfW – eine der weltweit größten Förderbanken – stattgegeben. Die KfW hatte FIAN jahrelang eine Einsichtnahme in die Umwelt- und Sozialpläne des Agrarinvestors PAYCO verweigert, an dem die KfW indirekt mit 25 Millionen Euro beteiligt ist. PAYCO gehört zu den größten Landbesitzern in Paraguay und ist dort für Umweltschäden, Entwaldung und Landkonflikte verantwortlich. Nach Ansicht des Gerichts erfüllt die Förderbank öffentliche Aufgaben und ist somit prinzipiell auskunftspflichtig. Wir hoffen, dass Journalist\*innen und auch andere NGOs von unserer Vorarbeit profitieren werden.

Das vorliegende Heft befasst sich zudem mit „grünen Investments“ und dem Irrglauben, dass wirksamer Klimaschutz durch das Anpflanzen von Baum-Plantagen erreicht wird. Tatsächlich führen diese zu enormen Wasserverbrauch, hohem Pestizideinsatz und Landkonflikten – ohne dabei dauerhaft Treibhausgase zu binden.

Philipp Mimkes, Geschäftsführer FIAN Deutschland



## Giftgrüne Investitionen Rechentricks, Umweltschäden und hohe Renditen

### Weitere Themen im Heft:

Menschenhandel im Agrarsektor; Ratifizierung Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt; Fallarbeit von FIAN in Kolumbien, Indonesien und Westafrika; Ernährungssituation in Guatemala; COVID-Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung; Verhandlung zum UN-Treaty; Kaveri-Fall; Eilaktion zu Indien

## FIAN mit Auskunftsklage gegen KfW erfolgreich

Seit fast zehn Jahren bemüht sich FIAN, Informationen zu einer bedenklichen Investition der staatlichen Entwicklungsbank DEG in Paraguay zu erhalten. Die DEG hatte sich 2013 mit 25 Millionen Euro an der Paraguay Agricultural Corporation (PAYCO) beteiligt. PAYCO ist mit 146.000 Hektar einer der größten Landbesitzer in Paraguay. Die Firma baut Gen-Soja an, besitzt Baumplantagen und vertreibt genmanipuliertes Saatgut. FIAN sind auf den Farmen Entwaldungen, Landkonflikte mit Indigenen und hoher Pestizideinsatz bekannt.

Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat am 23. November unseren Informationsanspruch gegenüber der KfW Förderbank nun bestätigt. Die KfW ist die Muttergesellschaft der DEG. Da die von FIAN erbetenen Informationen im öffentlichen Interesse stehen, muss die KfW diese nun bei ihrer Tochtergesellschaft beschaffen. Die Entscheidung des Gerichts ist für FIAN ein wichtiger Fortschritt. Dennoch bleibt es bedenklich, dass deutsche Entwicklungsgelder die industrielle Landwirtschaft finanzieren und Informationen hierzu über den kostspieligen Gerichtsweg erstritten werden müssen. Zudem müssen wir davon ausgehen,

dass die KfW in Berufung geht und sich das Verfahren weiter hinziehen wird. Allen, die die Klage juristisch oder finanziell unterstützt haben, gilt unser Dank!



## Uganda: Kampf um Wiedergutmachung geht weiter

Am 3. Oktober fand für die weiter prozessierenden Vertriebenen der Kaweri-Plantage – 143 Personen – beim Hohen Gericht in Kampala eine erneute Verhandlung statt. Die Vertriebenen schickten mit Unterstützung von FIAN erneut eine Delegation in die Hauptstadt. Sie waren gut vorbereitet: Ihr Rechtsanwalt hatte dem Gericht, der Staatsanwaltschaft und der Kaweri Coffee Plantation Ltd. vorab alle geforderten Unterlagen zugestellt. Entgegen der Forderung des Gerichts hatten beide darauf jedoch nicht reagiert. Der Staatsanwalt erschien nicht einmal zur Verhandlung.

Erneut leitete ein neuer Richter die Sitzung. Er zeigte sich erstaunt, dass das Verfahren trotz 20-jähriger Dauer noch immer andauere. Der Anwalt der Kaweri Coffee Plantation machte hierfür Peter Kayiira verantwortlich, den Sprecher der Vertriebenen. Er

habe diese derart manipuliert, dass sie das Entschädigungsangebot der Staatsanwaltschaft nicht angenommen hätten. Peter Kayiira machte deutlich, dass viele Betroffene kein Vertrauen in das Angebot hätten, und die Entschädigung bisher auch nicht ausbezahlt worden sei. Abschließend ordnete der Richter an, dass der Fall ans Hohe Gericht in Mubende übergeben wird.

### Eilaktion zu Indien

Dem Heft liegt eine Briefaktion zu einem aktuellen FIAN-Fall in Indien bei. Wir bitten um Unterstützung!



## UN-Treaty: FIAN bei Verhandlungen in Genf

Ende Oktober fand in Genf die achte Verhandlungsrunde über ein globales Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten statt. Der „UN-Treaty“ soll verbindliche Regeln für Unternehmen zur Achtung der Menschenrechte schaffen und Betroffenen den Zugang zu Gerichten und Entschädigungen ermöglichen. Rund 100 zivilgesellschaftliche Organisationen aus aller Welt nahmen teil, darunter die FIAN-Sektionen aus Brasilien, Kolumbien, Indonesien, Deutschland, Belgien und der Schweiz. Ana Maria Suárez-Franco vom Genfer FIAN-Büro koordinierte die Aktivitäten. Aus Deutschland waren auch MISEREOR, Brot für die Welt, Global Policy und das Institut für Menschenrechte vor Ort aktiv.



Die FIAN-Delegation in Genf

Für Überraschung sorgten Änderungsvorschläge, die der ecuadorianische Vorsitzende kurzfristig vorlegte. Eigentlich sollten Textvorschläge nur von einer „Friends of the Chair“-Gruppe aus mehreren Staaten auf Basis des bisherigen Entwurfs erstellt werden. Viel Zeit ging daher mit Verfahrensfragen verloren; inhaltlich gab es nur wenige Fortschritte. Dennoch brachten die Verhandlungen wichtige Fortschritte: Erstmals griff die EU intensiv in die Diskussion ein. Auch Schwergewichte wie die USA, Großbritannien, Frankreich, Südafrika, Indien, China, Brasilien, Japan und Australien beteiligten sich, teils zum ersten Mal. Deutschland war mit dem zuständigen Referat des Auswärtigen Amtes vertreten. Zwar versuchen die Industriestaaten, den Entwurf weiter abzuschwächen – doch letztlich erhält der Vertrag nur Gewicht, wenn sich die wichtigsten Akteure der Weltwirtschaft hierzu bekennen.

## FIAN bei UN-Klimaverhandlungen

Vom 6. bis 18. November fand in Scharm El-Scheich (Ägypten) die 27. Weltklimakonferenz statt. Neben vielen sozialen Bewegungen war auch FIAN mit zwei Delegierten vertreten. Zugleich nahm eine Rekordzahl von Lobbyisten für fossile Brennstoffe teil. Aus Sicht von FIAN ist es zwar ein Erfolg, dass das Recht auf eine gesunde Umwelt in die Abschlusserklärung aufgenommen wurde. Der Text erkennt zudem „die grundlegende Priorität der Beendigung des Hungers“ sowie die Anfälligkeit der Nahrungproduktion gegenüber dem Klimawandel an. Auf den dringend notwendigen Ausstieg aus den fossilen Energien Öl und Gas konnten sich die Staaten jedoch nicht einigen.

Kaum Beachtung schenkten die Verhandlungen weiterhin dem Drittel der Emissionen, welches durch industrielle

Lebensmittelsysteme verursacht wird. Mit industriefreundlichen Ansätzen wie „Präzisionslandwirtschaft“, Carbon Farming und Initiativen wie Global Fertilizer Challenge oder AIM4Climate konnte sich das Agrobusiness als klimafreundlich inszenieren. Zwar wurde der einzige Arbeitsbereich zum Thema Landwirtschaft und Ernährung um vier Jahre verlängert, um weiterhin an der „Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit“ zu arbeiten. Echte Lösungen wie eine vielfältige, widerstandsfähige agrarökologische Landwirtschaft und die ökologische und soziale Transformation der Ernährungssysteme führen hingegen nach wie vor ein Nischendasein.

## Kambodscha: BMZ-finanzierte Studie bestätigt Überschuldung durch Mikrokredite

Die Studie „Mikrofinanzierung in Kambodscha: Entwicklungen, Herausforderungen und Empfehlungen“ des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) liefert weitere Belege für die gravierende Überschuldungskrise, auf die lokale Menschenrechtsorganisationen und FIAN wiederholt hingewiesen haben. Laut der INEF-Studie sind bis zu 50 Prozent der Mikrokreditnehmer\*innen in Kambodscha überschuldet; dies führe zu einer „nicht akzeptablen“ Zahl von schuldengetriebenen Landverkäufen: 167.000 kambodschanische Haushalte mussten demnach in den letzten fünf Jahren Land verkaufen, um ihre Schulden zu begleichen.

Angesichts dieser Befunde empfiehlt das INEF unter anderem einen generellen Schuldenerlass für sehr arme Haushalte, Entschädigung in Fällen grober Fahrlässigkeit durch Mikrokreditinstitute sowie die Einschränkung der Verwendung von Landtiteln als Kreditsicherheit. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sollte zudem mittelfristig ihre Unterstützung für den kambodschanischen Mikrofinanzsektor einstellen. FIAN forderte das BMZ seit 2019 auf, eine unabhängige Studie zu diesem Sachverhalt durchführen zu lassen. Nun bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung die Empfehlungen umsetzt.

## Brüssel: FIAN beim Start der Kampagne „Justice is Everybody's business“

Am 6. September läuteten Aktivist\*innen vor dem Sitz des Rats der EU in Brüssel unter Mitwirkung von FIAN den Beginn einer europaweiten Bewegung zum Schutz von Mensch und Umwelt in globalen Lieferketten ein. Dank der im Zentrum der Aktion stehenden „Waage der Gerechtigkeit“, neben deren linker mit Gold befüllter Seite eine Waagschale voll menschenrechts- und umweltbeachtenden Gewichts angebracht war, wurden die EU-Abgeordneten auf die Kampagne aufmerksam gemacht. Angesichts des im März 2022 ergangenen – gerade mit Blick auf den Finanzsektor äußerst lückenhaften Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie über Sorgfaltspflichten von Unternehmen – war die Stimmung vor Ort stärkend und motivierend. Isabelle Schömann vom die Kampagne mitlenkenden Europäischen Gewerkschaftsbunds, erklärte: „Die EU sollte sich ihrer Verantwortung stellen und weltweit Standards für eine stärkere Rechenschaftspflicht der Unternehmen, ein verantwortungsvolles Geschäftsgebahren und einen freien Zugang zur Justiz setzen. Wir werden alle Maßnahmen in ganz Europa unterstützen, die Menschenrechtsverletzungen ein Ende setzen.“



## Baumplantagen im Globalen Süden: Wer profitiert von öffentlichen Investitionen in den Anlagefonds Arbaro?

von Jutta Kill

Einen positiven Beitrag zum Klimaschutz sollen die Monokulturen leisten, in die der Arbaro-Fonds in neun Ländern Afrikas und Südamerikas investieren will. Baumplantagen auf 75.000 Hektar Land sollen während der 15-jährigen Laufzeit des in Luxemburg registrierten Anlagefonds 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> binden, Holz produzieren, rund 5.000 Arbeitsplätze in ländlichen Regionen schaffen und zugleich eine üppige Rendite abwerfen. Bisher standen vor allem ökologische Schäden, der Pestizideinsatz sowie dubiose Kohlenstoffrechenspiele in der Kritik. Doch auch die Firmenstruktur wirft Fragen auf: Ist der überwiegend aus öffentlichen Geldern finanzierte Fonds vor allem ein gutes Geschäft für die deutschen Gründer? 133 Organisationen forderten den Green Climate Fund (GCF) der Vereinten Nationen auf, einen Antrag von Arbaro auf Finanzierung in Höhe von 25 Millionen US Dollar abzulehnen<sup>1</sup> – jedoch ohne Erfolg.

### Rechen-Tricks blähen CO<sub>2</sub>-Speicherung auf

Bäume pflanzen ist beliebt und zugleich eine der umstrittensten Maßnahmen zum Klimaschutz. Viele Baumplantagen sind in erster Linie zur Holzgewinnung angelegt. Oft sterben gepflanzte Bäume auch nach kurzer Zeit ab. So schrieben ZEIT und Stern von „ertrunkenen Bäumen“ und überfluteten Aufforstungsflächen, auf denen die Stiftung Plant for the Planet in Mexiko Bäume gepflanzt hatte<sup>2</sup>. Dass die versprochene Kohlenstoffspeicherung deutlich geringer war als von Plant for the Planet angegeben und zudem ein Großteil der Fläche bereits bewaldet ist, räumte die Stiftung erst nach Erscheinen der Artikel ein.

Teilnehmerinnen an einem Baumpflanzprojekt in Uganda, das sich über den Verkauf von Emissionsgutschriften finanziert, berichten, dass die Verträge mit 25-jähriger Laufzeit, die sie abschließen mussten, die Ernährungssicherheit ihrer Familien gefährden und die Zahlungen ihre Einkommensverluste bei weitem nicht ausgleichen.

Auch der Klimaschutz verliert bei Baumpflanzprojekten, mit denen sich Konzerne ihre eigenen Emissionen schönrechnen: Kompensationsprojekte haben meist Laufzeiten von 15 bis maximal 99 Jahren – also viel zu kurz, um fossile Emissionen zu „kompensieren“, die über Jahrhunderte bis Hunderttausende von Jahren in der Atmosphäre verbleiben. Das Online-Portal REDD-Monitor berichtet ebenfalls regelmäßig von Aufforstungsprojekten, die damit werben, einen Beitrag zum Klimaschutz zu liefern, den Nachweis dafür aber schuldig bleiben<sup>3</sup>. Nicht selten kommt es zudem zu Menschenrechtsverletzungen, wenn Menschen für die Anlage von Monokulturen vertrieben werden.

### UN-Klimafonds finanziert Arbaro

Der Grüne Klimafonds der Vereinten Nationen (GCF) ist ein zentrales Instrument der Klimafinanzierung.

Der GCF soll Maßnahmen zur Minderung von Treibhausgasen und zur Anpassung an die Klimakrise in Ländern des Globalen Südens finanzieren. Deutschland gehört zu den wichtigsten Geldgebern: Bei der aktuellen Finanzierungsphase („Wiederauffüllung“) von 2020 bis 2023 hat das Entwicklungsministerium BMZ seinen Beitrag auf 1,5 Milliarden Euro verdoppelt.

Der in Luxemburg registrierte Arbaro-Fonds wurde von der Kapitalverwaltungsgesellschaft Finance in Motion und dem Freiburger Beratungsunternehmen UNIQUE forest investment GmbH gegründet. Diese gründeten zudem die in Frankfurt ansässige Beraterfirma Arbaro Advisors GmbH, die wiederum Arbaro berät.

Nichtregierungsorganisationen kritisieren in einem Offenen Brief die wenig plausiblen Berechnungen der angeblichen Kohlenstoffspeicherung in den Baumplantagen des Fonds. Sie verweisen zudem auf Konflikte um Land und negative Auswirkungen von industriellen Baumplantagen, die den Zielen des GCF zuwiderlaufen. In eben solche Monokulturen will Arbaro investieren: Der auf 15 Jahre angelegte Fonds wirbt damit, je 10 bis 25 Millionen US Dollar in acht bis zwölf industrielle Baumplantagen in neun Ländern in Afrika und Lateinamerika zu investieren. Hierdurch sollen ein positiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet und gleichzeitig attraktive Renditen für Investoren erwirtschaftet werden.

### Überwiegende öffentliche Finanzierung

Ähnliche Ansätze sind in der Vergangenheit regelmäßig gescheitert. Der GCF ignorierte jedoch die Kritik und bewilligte im März 2020 eine Beteiligung von 25 Millionen Dollar.

Obwohl der GCF das Vorhaben als Privatsektorprojekt deklariert, stammen die bisherigen Einlagen von 110 Millionen Dollar überwiegend von Entwicklungsbanken und öffentlichen Geldgebern. So stellte die Europäische Investitionsbank als sogenannter „Ankerinvestor“ 20 Millionen Dollar bereit, der finnische Staatsfonds Finnfund bewilligte 10 Millionen. Die deutsche KfW-Tochter DEG finanziert Arbaro ebenfalls mit 10 Millionen Dollar, die niederländische Entwicklungsbank FMO mit acht Millionen.



Swasiland: Ernte in einer Baumplantage (Foto: Chris Lang, redd-monitor.org)



Uganda: Waldprojekte bedrohen Kleinbauern und Biodiversität  
(© Susanne Goetze)

Die Landesbank Baden-Württemberg ist mit 3,5 Millionen Dollar beteiligt und warb damit, dank des angeblich durch die Arbaro-Plantagen „langfristig“ gespeicherten Kohlenstoffs „ab 2021 vollständig klimaneutral“ zu sein<sup>4</sup>. Zudem erhofft sich die Landesbank eine jährliche Rendite von 12 Prozent. Recherchen der ZEIT haben jedoch ergeben, dass die Aussagen zur CO<sub>2</sub>-Kompensation nicht haltbar sind<sup>5</sup>. Die Landesbank hat daraufhin die Behauptung zurückgezogen.

### Satte Profite für deutsche Fondsmanager – Peanuts für lokale Bevölkerung

Als Privatinvestoren werden der „Impact Investor und Philanthrop“ Antonis Schwarz sowie die GLS Treuhand, fair-finance Vorsorgekasse und Girteka Logistics genannt<sup>6</sup>. Angesichts von Investitionen in maximal ein Dutzend Plantagen und einem Gesamtvolumen von höchstens 200 Millionen Dollar weist der Fonds eine äußerst verschachtelte Struktur auf, in der sich zudem Anleger über die Firma Arbaro Advisors selbst beraten<sup>7</sup>. Die Fondsstruktur beschert den Unternehmen Finance in Motion und UNIQUE denn auch satte Profite: Akquiriert Arbaro die anvisierten 200 Millionen US Dollar, erhalten die beiden Unternehmen als Fondsmanager und Berater insgesamt 26,7 Millionen an garantierten Honorierungen – unabhängig vom Erfolg der Investitionen. Selbst wenn die sehr moderate Eigenbeteiligung von Finance in Motion und UNIQUE am Ende abgeschrieben werden müsste, sichern sich die beiden Unternehmen somit wenigstens 570 Prozent ihrer ursprünglichen Beteiligung von vier Millionen US Dollar. Dies steht in scharfem Kontrast zu den nicht einmal zwei Dollar pro Hektar, die das von Arbaro finanzierte britische



Brasilien: Protest gegen Zellulose-Fabrik  
(Foto: Chris Lang, redd-monitor.org)

Plantagenunternehmen Miro Forestry dem Vernehmen nach lokalen Landbesitzer\*innen im Yoni Kingdom in Sierra Leone als jährliche Pachtgebühr für die Nutzung von Gemeindeland als Anbaufläche für seine Eukalyptusplantagen zahlt. Arbaro Advisors erhält seit November 2021 zusätzliche öffentliche Gelder aus der Restoration Seed Capital Facility (RSCF). Geldgeber dieser Initiative sind die Regierungen von Luxemburg und Deutschland über die Internationale Klimainitiative IKI des Bundeswirtschaftsministeriums. Zur Begründung heißt es, die Kofinanzierung fördere die Bemühungen, Investitionen in „naturbasierte Lösungen“ zu entwickeln, die einen Beitrag zur Wiederherstellung von Wäldern lieferten. Auch hier wird die Finanzierung trotz der überwiegend öffentlichen Investitionen als Förderung von Privatsektor-Investitionen dargestellt, und die Förderung industrieller Baummonokulturen als Wiederaufbau von „Wäldern“ schöneredet.

Das Geschäft mit dem „Bäume pflanzen fürs Klima“ lohnt sich augenscheinlich – zumindest für die Fondsmanager von Arbaro.



Ghana: Eukalyptus-Plantage einer Beteiligung von Arbaro  
(© Alexandra Benjamin, Fern)

*Jutta Kill ist Biologin und arbeitet freiberuflich als Beraterin zu Fragen ökologischer (Un-)Gerechtigkeit und den sozioökologischen Folgen von grünen Scheinlösungen wie Zertifizierung sowie dem Handel mit CO<sub>2</sub>-Gutschriften. In Kürze veröffentlicht FIAN ein Briefing von ihr zum Arbaro-Fonds.*

- 1 Offener Brief an den Vorstand des Grünen Klimafonds. 08. März 2020: <https://www.wrm.org.uy>
- 2 Fischer, T. und H. Knuth (2021): Aus der Traum vom Billigbaum. Die Zeit Ausgabe 8, Mai 2021 und Rienhardt, J. (2021): Stiftung „Plant for the Planet“: Spendengelder versenkt? Stern 18/2021 vom 28. April 2021.
- 3 Die Online-Plattform REDD-Monitor hat mehrere Artikel veröffentlicht zu Vertreibungen und Gewalt gegen Anrainer:innen von Baumplantagen in Uganda, die Emissionsgutschriften verkaufen: <https://redd-monitor.org/>
- 4 Carlowitz, Carl: LBBW investiert 3,5 Mio USD in die Aufforstung mit Monokulturplantagen. Indymedia, 01.05.2021; Pressemitteilung der Landesbank BW vom 19.10.2020: Klimaschutz: Emissionen runter, Investitionen rauf.
- 5 Hannah Knuth. Greenwashing: Einsichtige Banker. Die Landesbank Baden-Württemberg hat angegeben, sie sei klimaneutral. Nun zieht sie die Behauptung zurück. Die Zeit 03. August 2022.
- 6 Arbaro Advisors. Arbaro announces USD 110 million closing. News & Press – Old Page. 09. November 2020.
- 7 s. Abb. im Artikel ‚The Green Climate Fund must reject Arbaro’s industrial tree plantations.‘ 10. März 2020. REDD Monitor. <https://redd-monitor.org/>

## Chile: Baumplantagen und Landkonflikte

von Heiko Thiele

**Ende 2022 besuchte der chilenische Präsident Gabriel Boric das südliche Araukanien. Die Provinz gehört zum historischen Siedlungsgebiet der indigenen Mapuche und zählt zu den ärmsten Regionen des Landes. Der Sieger der jüngsten Wahlen verkündete millionenschwere Investitionen, unter anderem in den Polizeiparapparat. Nach dem Scheitern des Verfassungsentwurfs vollzieht Boric eine politische Kehrtwende und folgt nun der Linie vieler konservativer Präsidenten, welche Landkonflikte vorrangig mit Polizei und Militär lösen wollen.**

Der Konflikt zwischen Mapuche und dem chilenischen Staat reicht bis in die Frühphase der Andenrepublik zurück, als zahlreiche Ländereien blutig enteignet und an europäische Einwanderer übertragen wurden. Um den indigenen Widerstand zu brechen, führte Chile Ende des 19. Jahrhunderts einen Krieg, den es bis heute als „Befriedung Araukaniens“ bezeichnet. Die gewaltsame Umsiedlung, Vertreibung und Ermordung der Mapuche erlebte einen zweiten Höhepunkt in der Pinochet-Diktatur. Vom einst 10 Millionen Hektar großen indigenen Gebiet verblieben nur 300.000 Hektar.

Nutznießer der Enteignungen waren Forstunternehmen, allen voran die chilenischen Konzerne CMPC und Arauco. Durch ihre engen Verbindungen zum Militärregime konnten sie Flächen günstig erwerben und staatliche Subventionen erhalten. Die Firmen rodeten Naturwälder und besitzen heute rund 2,5 Millionen Hektar Eukalyptus- und Kiefernplantagen. Insbesondere im indigenen Siedlungsgebiet Wallmapu verfügen Arauco und CMPC über hohen Einfluss, da sie die gesamte Produktionskette von Saatgutforschung, Baumschul- und Plantagenbetrieb über die industrielle Zellstoffherzeugung bis hin zum Export kontrollieren.

### Zertifizierung trotz Trockenheit und Landkonflikten

Zu der Schattenseite des expandierenden Wirtschaftszweigs zählt die zunehmende Trockenheit. Viele Gemeinden sind durch den immensen Wasserbedarf der Monokulturen und Industrieanlagen auf externe Wasserlieferungen angewiesen. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika dokumentiert in ihrem Bericht „Zustand der Umwelt in Chile“ unfruchtbare Äcker und sinkende Ernteerträge: Nur ein Zehntel der Böden habe eine gute Qualität, ein Viertel weise schwere und schwerste Erosion auf. Kleine Landbesitzer geraten in die Verschuldung und sind aufgrund fehlender Erwerbsalternativen häufig gezwungen, im Forstsektor zu arbeiten oder in Städte zu migrieren. Diese gesellschaftliche Entwicklung hat auch die 1993 gegründete Behörde CONADI, die den Rückkauf rechtswidrig



Demonstration gegen Militarisierung in Temuco, Provinz Araukanien

erworbener Flächen zur Aufgabe hat, nicht verhindert. Wegen der geringen Rückübertragung eignen sich manche Mapuche Ländereien wieder an, errichten Gebäude und bauen ökonomische Strukturen auf. Einige Gruppierungen versuchen zudem, die Forstunternehmen durch Sachbeschädigungen zu schwächen. Der Staat reagiert darauf mit einer Militarisierung der Region, der Anwendung des Anti-Terrorgesetzes aus der Diktatur und gezielter Tötung von Aktivist\*innen.

Für die Gemeinden sind für die Probleme nicht nur Staat und Unternehmen verantwortlich, sondern auch der Zertifizierer FSC Chile. Trotz ungelöster Landkonflikte, unzureichender Konsultationen sowie gravierender sozialer und ökologischer Folgen werden heute drei von vier Bäumen mit dem FSC-Siegel für nachhaltige Waldwirtschaft ausgezeichnet. Organisationen wie Greenpeace und Robin Wood kritisieren, dass die FSC-Prüfer\*innen von den Forstunternehmen bezahlt werden. Arauco und CMPC erhöhen gegenwärtig die Produktionskapazitäten, da Zellstoff als nachwachsender Rohstoff global an Bedeutung gewinnt und als Alternative zu Kunststoffen gehandelt wird. Nach dem Kahlschlag gelangt die Holzernte in riesige Zellstofffabriken, die meist nahe der Plantagen errichtet werden. Die Anwohner\*innen verurteilen die ungefilterten Abwässer und die Missachtung von Schadstoffgrenzen, die zu vermehrten Krebserkrankungen führen. Sie blockieren Werkstore, informieren die Öffentlichkeit und reichen Klagen ein. Deutsche Unternehmen importierten bereits in der Diktatur chilenischen Zellstoff und sind heute die größten Endabnehmer in Europa. Insgesamt liegt der Papierverbrauch pro Kopf in Deutschland bei nahezu 250 Kilogramm pro Jahr und ist damit fünfmal höher als der weltweite Durchschnitt.



Kahlschlag nahe Curanilahue, Provinz Biobío

Heiko Thiele gehört zum Medienkollektiv Zwischenzeit, das zu der Thematik den Film „Das verzweigte Aufbäumen“ und das Buch „Frauen\*, die kämpfen“ produziert hat:  
<https://www.zwischenzeit-muenster.de>

## Indonesien: Waldschutz durch Privatsektor führt zu Landkonflikten von Mathias Pfeifer

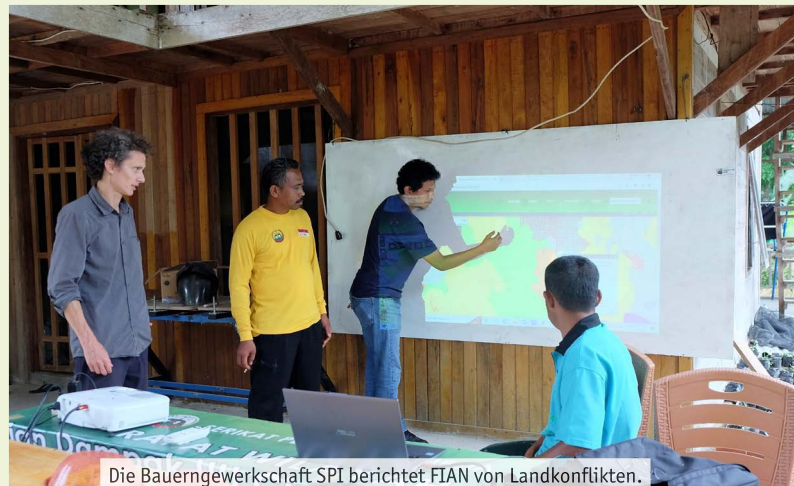
In Indonesien werden hunderttausende Hektar Wald an Firmen verpachtet, die für deren Schutz und nachhaltige Nutzung sorgen sollen. Die Bundesregierung unterstützt diese „Naturschutzkonzessionen“ seit 2009 mit fast 25 Millionen Euro. Im August besuchte FIAN Gemeinden in Sumatra, die von langjährigen Landkonflikten in den Konzessionen berichten. Die Fälle zeigen, dass Waldschutz ohne die Beteiligung der lokalen Gemeinden und eine grundlegende Bodenreform zum Scheitern verurteilt ist.

### Marktbasierter Ansatz zum Waldschutz

Anfang der 2000er Jahre entwickelte das indonesische Forstministerium einen neuen Ansatz zur Wiederherstellung von teilweise degradierten Waldgebieten, die sogenannten „Ecosystem Restoration Concessions“ (ERC). Die Lizenzen hierfür werden an indonesische Unternehmen für bis zu 95 Jahren vergeben. Bis 2016 wurden in Indonesien mindestens 16 ERC-Lizenzen für eine Gesamtfläche von über 600.000 Hektar vergeben. Die erste ERC wurde 2007 im Harapan-Waldgebiet in den Provinzen Jambi/Süd-Sumatra geschaffen. Die Lizenz erhielt das Unternehmen PT REKI, welches von internationalen Naturschutzorganisationen gegründet wurde. Die Bundesregierung unterstützt die Konzession über die Internationale Klimaschutzinitiative (IKI) sowie die KfW Entwicklungsbank (als Durchführungsorganisation) mit 14,5 Millionen Euro. Zu weiteren Unterstützern zählen seit Ende 2021 die BMW Group und der italienische Reifenhersteller Pirelli, welche im Harapan-Waldgebiet einen „nachhaltigen Anbau von Naturkautschuk“ fördern wollen<sup>1</sup>. Neben der Harapan-Konzession finanziert die Bundesregierung über die IKI aktuell noch zwei weiterer ERCs mit 10 Millionen Euro, darunter auch eine vom indonesischen Unternehmen PT ABT betriebene Waldschutzkonzession in Sumatra, die an den Bukit Tigapuluh Nationalpark grenzt.

### Landkonflikte in Naturschutzkonzessionen

Die Bundesregierung/IKI bezeichnet die geförderten ERCs als „zukunftsweisend“ und stellt sie als großen Erfolg dar. Dabei ist gut dokumentiert, wie etwa die Harapan-Konzession von Beginn an zu Landkonflikten mit tausenden Kleinbäuer\*innen führte, die zum Teil schon vor 2007 im Konzessionsgebiet lebten und dort Landwirtschaft betrieben<sup>2</sup>. Unterstützt werden die Betroffenen von der großen Bauerngewerkschaft *Serikat Petani Indonesia* (SPI), die sich für eine umfassende Agrar- und Landreform einsetzt und Mitglied der internationalen Kleinbäuer\*innenbewegung *La Via Campesina* ist. Vor der Etablierung der ERC war das Gebiet bereits in der Hand verschiedener Konzerne, die große Teile der Wälder im Rahmen kommerzieller Holzwirtschaft zerstörten. Nach Ablauf ihrer Konzessionen erhofften sich dort ansässige Kleinbäuerinnen und Landlose, dass ihnen ein Teil des Gebiets für die landwirtschaftliche Nutzung übertragen wird, wie es das indonesische Bodenreformgesetz (*Basic Agrarian Law*) vorsieht. Indigene Gruppen im Konzessionsgebiet kritisieren zudem, dass die Behörden und PT REKI nicht ihre „freie und vorherige informierte Zustimmung“ (FPIC) eingeholt haben. Nachdem die ERC ohne ausreichende Einbeziehung der ansässigen Gemeinden etabliert wurde, weigerten sich viele Kleinbäuer\*innen, ihre Felder aufzugeben und das Konzessionsgebiet zu verlassen. Es folgten wiederholte Einschüchterungsversuche durch Sicherheitskräfte des Unternehmens. Ende 2012 spitzte sich der Konflikt weiter zu, bis schließlich



Die Bauerngewerkschaft SPI berichtet FIAN von Landkonflikten.

über 100 Polizisten und Soldaten mehrere Gemeinden gewaltsam vertrieben und Siedlungen niederbrannten. Nach 2013 wurde es etwas ruhiger, doch bis heute sind die Landkonflikte ungelöst. SPI-Vertreter berichteten FIAN im August 2022, dass PT REKI zuletzt Ende Juli versuchte, lokale Kleinbäuer\*innen mit einem Bulldozer zu vertreiben.

Auch in der anderen ERC in Sumatra, die von der Firma PT ABT betrieben wird, sind Landkonflikte weitverbreitet. Laut Angaben von SPI leben und wirtschaften über 1.000 Familien im Konzessionsgebiet. Ansässige Kleinbäuer\*innen berichteten Anfang 2021 gegenüber indonesischen Medien von gewaltsamen Übergriffen durch Sicherheitskräfte von PT ABT. Vertreter der indigenen Gruppe Talang Mamak kritisierten die mangelnde Einbeziehung und Partnerschaft seit Etablierung der Konzession. FIAN unterstützt die Gemeinden und plant im nächsten Jahr erneut eine Recherche vor Ort.

1 Pressemeldung von BMW, 28.10.2021

2 Hein, J.A., *Political Ecology of REDD+ in Indonesia*, Routledge 2019.



Kleinbäuer\*innen im Konzessionsgebiet fordern ihr Recht auf Land ein. (© SPI Jambi)

## Kolumbien: Landreform steht weiter aus

von Almudena Abascal

**Die Ernährungssituation in Kolumbien hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert, insbesondere durch die COVID-Pandemie. Ländliche Gemeinden kämpfen weitgehend ohne institutionelle Unterstützung um ihre Existenz. Die Umsetzung des Friedensabkommens von 2016 bleibt unvollständig. Initiativen für Agrarökologie erhalten wenig Hilfe. FIAN unterstützt bäuerliche Gemeinden in den Bezirken Cauca und Bolívar, deren Probleme hier exemplarisch dargestellt werden. Auch beim UN-Menschenrechtsrat stellte FIAN die Situation im September vor.**

### Die aktuelle Menschenrechtssituation

FIAN Kolumbien hat im vergangenen Jahr einen Bericht zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung veröffentlicht. Demnach sind Hunger und Mangelernährung weiterhin stark verbreitet. Im landesweiten Zensus zur Ernährungssituation – der aktuellste wurde 2015 vorgenommen – waren 54 Prozent der Haushalte von Ernährungsunsicherheit betroffen. In manchen Bevölkerungsgruppen finden sich auch deutlich höhere Zahlen: So sind in ländlichen Gebieten mehr als 64 Prozent der Haushalte von Ernährungsunsicherheit betroffen. Noch gravierender ist der Situation in afrodeszendenten (64 Prozent) und indigenen Gemeinden (77 Prozent). Für diese steht die Gewährleistung des Rechts auf Nahrung in enger Beziehung zu Land und Siedlungsflächen, die jedoch oftmals unter Druck stehen. Auch ihre Rechte auf Wohnen und Wasser hängen eng von dem Zugang zu Land ab.

Der historische Landkonflikt in Kolumbien war einer der Auslöser der bewaffneten Auseinandersetzungen von 1966 bis 2016. Die Regierungen weigerten sich, echte landverteilende Agrarreformen durchzuführen. Die Interessen der Landbevölkerung blieben meist unberücksichtigt, während die Konzentration von Land in den Händen einiger weniger begünstigt wurde. Die jahrzehntelange Landflucht begünstigte die Entstehung von Guerillagruppen wie der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC), der Ejército de Liberación Nacional (ELN) und der Ejército Popular de Liberación (EPL). Drogenhandel, Bergbau, Agrarindustrie sowie kriminelle Allianzen zwischen Paramilitärs, Politik, lokalen Wirtschaftseliten und Drogenhändlern verschärften die Probleme, insbesondere beim Zugang zu Land.

Heute steht Kolumbien denn auch an erster Stelle in Lateinamerika, was ungleiche Landkonzentration angeht: Das oberste

Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe besitzt mehr als 80 Prozent des nutzbaren Bodens, während die restlichen 99 Prozent weniger als ein Fünftel der Flächen besitzen<sup>1</sup>. Mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Jahr 2016 wuchs die Hoffnung, da dieses eine umfassende Entwicklung des ländlichen Raums mit dem Ziel einer gerechteren Landnutzung beinhaltet. Allerdings hakt die Umsetzung. Gründe hierfür sind der fehlende Wille der ehemaligen Regierung und die unzureichenden finanziellen Mittel. Die Zivilgesellschaft setzt ihre Hoffnung nun in die neue progressive Regierung von Gustavo Petro und Francia Márquez. Diese verpflichtete sich, eine umfassende Agrarreform umzusetzen sowie den Schutz von bäuerlichen Rechten in der Verfassung anzuerkennen.

**„Ein Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe besitzt mehr als 80 Prozent des nutzbaren Bodens.“**

### Norte del Cauca: Zuckerrohr-Plantagen führen zu Landnot

Die Region Norte del Cauca liegt im Westen des Landes. 98 Prozent der Bevölkerung sind afrokolumbianisch. Früher dienten in erster Linie Kakao-, Bananen- und Obstplantagen als Nahrungs- und Einkommensquelle. Doch dies änderte sich mit der kubanischen Revolution. Die USA stellten ihre Zuckerimporte aus Kuba ein und unterstützten den Anbau von Zuckerrohr in Kolumbien. Mit dem Einzug des „grünen Monsters“ verringerten sich die Landflächen, die den Gemeinden zu Verfügung standen. Viele wurden vertrieben. Heute sind nur wenige Dörfer übrig, die wie Inseln von Zuckerrohr umgeben sind.

Aufgrund des fehlenden Zugangs zu Land verloren die Gemeinden ihre Ernährungssouveränität und ihre bisherigen Ernährungsgewohnheiten. Der Einsatz von Pestiziden und der Abbau von Tonerde vergifteten Land und Wasser. Das soziale Gefüge veränderte sich grundlegend: Nahrungsmittel aus eigenem Anbau wurden durch hochverarbeitete Lebensmittel ersetzt – mit den entsprechenden gesundheitlichen Folgen, insbesondere für Kinder.

### Bolívar: Fehlende Agrarreformen und institutionelle Unterstützung

Nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens wurde die Gemeinde Achí in der Provinz Bolívar im Norden des Landes von der damaligen Regierung von Iván Duque als ein Pilotprojekt für eine umfassende Landreform ausgewählt. Sechs Jahre später sind jedoch keine Fortschritte für die 28 dort lebenden Familien zu verzeichnen, die von FIAN unterstützt werden: Seit Jahrzehnten leben und arbeiten sie auf ihrem Land, erhielten jedoch nie sichere Landtitel. Zugleich standen sie unter ständiger Bedrohung, durch Drogenhändler und große Landbesitzer



Schulung von FIAN Kolumbien in Gemeinde Achí





Afrodeszendente Gemeinde in Norte del Cauca

von ihrem Land vertrieben zu werden – ohne jeglichen Schutz durch staatliche Stellen. Illegaler Goldabbau, illegale Plantagen, die Nähe des Hidroituango-Staudamms und der Rückgang der biologischen Vielfalt durch den Klimawandel sind weitere Bedrohungen für ihre Ernährungssituation.

Sowohl die afrodeszendenten Gemeinden in Cauca als auch die Dörfer in der Provinz Bolívar kämpfen ohne Unterstützung

## FIAN begleitet Treffen mit UN

Zur 55. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats vom 12. September bis 4. Oktober 2022 reiste eine Delegation kolumbianischer Bauerngemeinden nach Genf. Sie erläuterte den Vereinten Nationen die Herausforderungen, denen sie sich als Menschenrechts- und Umweltaktivisten gegenübersehen. Die Vertreter\*innen aus den Bezirken Cauca und Bolívar wurden von FIAN International, FIAN Kolumbien und FIAN Deutschland begleitet. Unter anderem trafen sie die Teams mehrerer UN-Sonderberichterstatte\*innen.

durch staatliche Institutionen für ihre Rechte. Einzig zivilgesellschaftliche Organisationen wie FIAN Kolumbien und Semillas unterstützen die Gemeinden. So verbindet im nördlichen Cauca ein „Korridor“ 40 Familien, die durch Zuckerrohr-Plantagen voneinander getrennt wurden. Durch den Austausch von Wissen und Saatgut konnten traditionelle und gesunde Produktions- und Ernährungsmodelle wiederhergestellt werden. Die Achí-Gemeinde in Bolívar wiederum konnte strategische Nahrungs- und Saatgutreserven anlegen, um ihre Ernährungssouveränität in Notfällen zu gewährleisten.

## Unterstützung für Agrarökologie, Umsetzung des Friedensabkommens und Bauernrechte

Die Beispiele zeigen, wie wichtig der Übergang zur Agrarökologie, die Anerkennung der Rechte von Bauern und Bäuerinnen – wie sie in der Kleinbauernerklärung UNDROP verankert sind – und die vollständige Umsetzung des Friedensabkommens sind, insbesondere im Hinblick auf umfassende Landreformen. FIAN wird die Gemeinschaften weiterhin bei der Verwirklichung ihres Rechts auf Nahrung begleiten und unterstützen.

Auch die internationale Unterstützung ist von hoher Bedeutung, unter anderem durch Deutschland. In der aktuellen Situation mit einer neuen, progressiven Regierung – mit Mitgliedern wie der Menschenrechts- und Umweltschützerin Francia Márquez, die selbst afro-kolumbianische Landwirtin ist – darf die deutsche Regierung die Gelegenheit nicht verpassen, wirksame Unterstützung für die Gewährleistung der Menschenrechte der kolumbianischen Landbevölkerung einzufordern und hierfür Hilfe anzubieten.

- 1 OXFAM. Radiografía de la desigualdad lo que nos dice el último censo agropecuario sobre la distribución de la tierra en Colombia

## Evento paralelo en el marco del Consejo de DDHH. El derecho a la alimentación y los derechos campesinos en Colombia

### Reflexiones sobre la situación de alimentación en Colombia. Caso campesinado

Paola Romero Niño. Coordinación de  
proyectos y de la línea de Género y derechos  
humanos de las mujeres. FIAN Colombia

Ginebra, Suiza, 14/IX/2022



## Guatemala: Entwicklung indigener Gemeinden im Rückwärtsgang von Andreas Boueke

**In der Klimakrise gilt die Lebensweise indigener Völker als Vorbild für nachhaltigen Lebensstil. Doch die Pandemie hat die Ureinwohner vieler Länder weiter an den Rand gedrängt. So leiden in Guatemala immer mehr Familien an Unterernährung und mangelnden Bildungs-Chancen. Kleine Entwicklungsschritte wurden zunichtegemacht.**

Über vierzig Prozent der Einwohner Guatemalas gehören zu einem Volk der Maya. Kein anderes lateinamerikanisches Land hat einen so hohen indigenen Anteil. Aber Guatemala ist auch das Land mit den wenigsten Krankenhausbetten: Bei steigenden COVID-Zahlen bekommen selbst schwer Kranke meist keine angemessene Versorgung.

Das Hochlandstädtchen Tecpán, knapp hundert Kilometer westlich von Guatemala-Stadt, war einer der ersten Orte Mittelamerikas, in dem Corona viele Todesopfer gefordert hat. Das lokale Gesundheitszentrum soll 110.000 Menschen der Umgebung medizinisch versorgen. Der Leiter, Dr. Joel Cujcuj, beklagt die mangelnde Ausstattung: „Alle COVID-Fälle werden von nur vier Personen betreut. Drei Krankenpfleger und zwei Ernährungswissenschaftlerinnen bekämpfen die Unterernährung. Aber in den abgelegenen Weilern ist der Bedarf viel größer.“

### Angst vor COVID und Hunger

In den vergangenen zwei Jahren hat die Zahl chronisch unterernährter Kinder deutlich zugenommen. Märkte waren geschlossen. Viele Menschen durften ihre Dörfer nicht verlassen – nicht einmal für die Feldarbeit. In der Umgebung von Tecpán lebt vor allem das Mayavolk der Kaqchikel. Die medizinische Assistentin Ana Salomón ist oft lange unterwegs, um deren kleine Siedlungen zu erreichen. „Wir unterstützen die Familien beim Infektionsschutz. Doch sobald wir das Wort ‚Quarantäne‘ aussprechen, reagieren viele Leute panisch. Sie fragen uns: ‚Wie sollen wir überleben, wenn wir eingeschlossen sind? Wir haben nicht genug zu essen.‘“

Die Lehrerin Carmelina Lix ist im alten Stadtkern von Tecpán aufgewachsen. Ihre Großeltern haben Kaqchikel mit ihr gesprochen. Ende 2019 wurde sie in die Grundschule der abgelegenen Siedlung Paraxquín versetzt. Kurz darauf wurde diese wegen Corona geschlossen. Heute macht sie einen Kondolenzbesuch: Der Vater eines ihrer Schüler ist gestorben.

### Eine Witwe und ihre drei Kinder

Die junge Witwe heißt Marta. Vor wenigen Tagen ist ihr Mann in den USA bei einem Unfall ums Leben gekommen. „Mit diesem Besuch wollen wir die Familie unterstützen und trösten. Wir haben ein paar Nahrungsmittel und ein wenig Geld mitgebracht“, sagt Carmelina Lix. Sie öffnet eine Tür aus alten Brettern und tritt in einen kargen Raum. Marta, die hagere Mutter des Schülers, sitzt auf einem wackeligen Holzbett.

Die junge Frau muss sich jetzt allein um ihre drei Kinder kümmern. Auf Kaqchikel erzählt sie von ihrem Mann, der seit seiner Kindheit als Tagelöhner gearbeitet hat: „Für ihn war es schwer, dass er den Kindern keine neue Kleidung kaufen und ihnen kein besseres Leben ermöglichen konnte. Für seine Arbeit hat er nie einen fairen Lohn bekommen. Oft hatten wir nicht genug zu essen.“



Nachbarinnen stehen Doña Marta bei der Trauer um ihren Mann bei.

Als die Pandemie begann, traute sich die Familie lange nicht, Paraxquín zu verlassen. Marta berichtet: „Ab fünf Uhr nachmittags galt eine Ausgangssperre. Es war nicht mal erlaubt, dass die Männer abends zu Fuß von ihren Feldern zurück nach Hause gehen. Wie soll man da genug Nahrungsmittel anbauen?“ Besonders in den ersten Monaten der Pandemie griff die Regierung hart durch. Viele Personen, die sich nicht strikt an



Seit Beginn der COVID-Krise ist es für viele Mayafamilien noch schwieriger geworden, ihre Kinder ausreichend zu ernähren

### Überprüfung im Menschenrechtsrat

Im Januar 2023 wird die Menschenrechtslage von Guatemala im Rahmen des *Universal Periodic Review* im UN-Menschenrechtsrat überprüft. Zur Vorbereitung wird eine Delegation guatemaltesischer Menschenrechtsorganisationen, zu denen auch FIAN Guatemala gehört, Anfang Dezember in Genf einen Parallelbericht vorstellen. Rückschläge bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung, mangelnde Programme zur ländlichen Entwicklung, fehlender Schutz einheimischen Saatguts sowie die Rechte von Bäuerinnen und Bauern sind hierbei einige Schwerpunkte.

die Ausgangssperren oder die Maskenregeln hielten, landeten im Gefängnis. Zwar gab es Unterstützungsleistungen, aber die Auszahlung wurde über die Stromrechnung abgewickelt. Viele arme Familien auf dem Land haben keine Elektrizität in ihren Hütten und gingen leer aus.

„Seit meiner Kindheit bin ich an Hunger gewöhnt“, sagt Marta. „Manchmal höre ich von Leuten, die Fleisch essen. Das kenne ich nicht. Für mich sind Reis und Bohnen das beste Essen. Das reicht. Aber manchmal esse ich gar nichts. Wenn ich nur ein bisschen was habe, gebe ich es den Kindern.“ Marta bekommt keine Lohnarbeit. Sie kann nur am Webstuhl arbeiten – aber es dauert lange, bis eine Decke fertig gewebt und verkauft ist. Sie fürchtet den Hunger daher mehr als COVID.

### Chronische Unterernährung

Guatemala ist das bevölkerungsreichste Land Mittelamerikas. In den Jahren vor Corona war die wirtschaftliche Entwicklung positiv, doch der Reichtum ist extrem ungleich verteilt. Viele soziale Indikatoren fielen zurück. Die meisten Programme zur Hungerbekämpfung sind ineffizient. Seit Beginn der Pandemie hat sich die Zahl der Kinder, die offiziell an chronischer Unterernährung gestorben sind, daher mehr als verdoppelt. Dr. Cujcuj kennt den Mangel seit Jahrzehnten. Ein Landarbeiter in einem Weiler wie Paraxquín verdient oft weniger als fünf Euro am Tag. „Viele Familien ernähren sich ausschließlich von Maistortillas, Bohnen und Kaffee. Damit decken sie ihren Bedarf an Kohlehydraten, aber es reicht nicht für eine gesunde Ernährung. Wir versuchen, diejenigen zu unterstützen, die während der Quarantäne nicht die Möglichkeit haben, Nahrungsmittel zu besorgen. Viele haben einfach gar nichts.“

Die Ernährungswissenschaftlerin Emily Guzmán sitzt neben einer Waage, mit der sie das Gewicht von Säuglingen prüft. Unterernährte Kleinkinder sind dürr und wollen immer schlafen. Viele lernen erst sehr spät laufen und sprechen. Und weit über die Hälfte der indigenen Kinder im Grundschulalter leidet an chronischer Unterernährung. „Bei den Zwei- bis Fünfjährigen beobachten wir oft ein schlechtes Gedächtnis. Sie haben eine geringe Körpergröße und Lernschwierigkeiten“, so Guzmán. Das Problem beginnt häufig schon während der Schwangerschaft, da die werdenden Mütter nicht genug essen. „Der Hunger wird über Generationen vererbt“, sagt Emily Guzmán. „Das war schon vor COVID so“.

Auch die sechs Kinder des Landarbeiters Agustín Mux haben schmale Gesichter und einen kleinen Körperbau. Der Dreißigjährige



Im Gesundheitszentrum von Tecpán gibt es COVID-Impfungen.

spricht darüber, welche Veränderungen die Pandemie gebracht hat: „In normalen Jahren zieht die ganze Familie während der Erntemonate auf eine Kaffeeplantage. Dort können wir mehr verdienen. Alle helfen mit. Die Kinder pflücken Kaffeekirschen und tragen Säcke.“ Viele Familien in Paraxquín sehnen den Tag herbei, an dem sie auf die Farmen gehen können. Dort bleiben sie fast ein halbes Jahr lang, so dass viele Kinder die ersten Monate des Schuljahres verpassen. Die Wanderarbeit ist zwar hart, aber für viele Familien die einzige Möglichkeit, etwas Geld zu sparen. „Aber in den letzten beiden Jahren konnten wir nicht zur Kaffeefarm reisen“, erzählt Agustín Mux. „Die Plantagen haben nur Leute eingestellt, die in ihrer Umgebung wohnen.“

### Zwei Jahre ohne Schule

Bis heute sind abgelegene Mayadörfer vom Rest des Landes nahezu abgeschnitten. Auch internationale Hilfsorganisationen haben nicht die Möglichkeit, sich in allen bedürftigen Landesteilen zu engagieren. Carmelina Lix erinnert daran, dass die Kinder vor der Pandemie zumindest in der Schule ein ordentliches Frühstück bekommen konnten. „Für viele war das täglich die Mahlzeit mit dem größten Nährwert. Jetzt bekommen sie dieses Schulfrühstück nicht mehr“. Laut Weltbank gehen guatemaltekeische Kinder im Schnitt 6,3 Jahre lang zur Schule. Noch weniger Schulzeit in Lateinamerika erleben nur die Kinder in Honduras und Haiti.

Wenn die Grundschullehrerin nach Paraxquín kommt, ist sie noch immer über die extreme Armut erschüttert. Die meisten Familien wohnen in einem einzigen Raum einer kärglichen Hütte. In Zeiten der Pandemie kam es zu Rückschritten in der Bildung, die viele Kinder nie mehr aufholen werden. Dann verschließen sie sich wieder in ihrem bäuerlichen Leben – so wie früher, als sich nur sehr wenige Mayafamilien Bildung leisten konnten. Und die Auswirkungen des wirtschaftlichen Einbruchs werden noch lange zu spüren sein. Emily Guzmán prophezeit: „Die Krise führt zu Analphabetismus, Hilflosigkeit und Hunger. Langfristig hat sie hier in Tecpán schlimmere Konsequenzen als das Virus selbst“. Viele Kinder werden ohne Schulbildung aufwachsen, mit kleinen Körpern, die unter chronischer Unterernährung leiden.



Agustín Mux und seine Familie

*Andreas Boueke berichtet seit dreißig Jahren als freier Journalist aus Mittelamerika.*

## Indonesien: Food Estates zerstören lokale Landwirtschaft und schaffen Abhängigkeiten

Gusti Nur Asla Shabia (FIAN Indonesien)

Die COVID-Pandemie hat die Schwachstellen im weltweiten Ernährungssystem offengelegt und weiter verschärft. Die indonesische Regierung reagierte auf die drohende Nahrungskrise, indem sie Ende 2020 das neue Food Estate-Landwirtschaftsprogramm einführte. Dieses basiert auf der Schaffung großflächiger Monokulturen zum Anbau „strategischer“ Nahrungsmittel, dem massiven Einsatz von Chemikalien und einer engen Kooperation mit Konzernen. Ziel soll die Verbesserung der Ernährungssicherheit der Bevölkerung sein. Recherchen von FIAN Indonesien zeigen hingegen, dass die Food Estate-Projekte das Recht auf Nahrung der lokalen Bevölkerung bedrohen, da sie nicht deren Bedürfnisse und die spezifischen Bedingungen vor Ort berücksichtigen, sondern primär auf die Interessen privater Unternehmen ausgerichtet sind.

Die Food Estate-Projekte in den fünf Provinzen Zentral-Kalimantan, Nordsumatra, Südsumatra, Papua und Ost-Nusa Tenggara werden vom indonesischen Staat finanziert. Die involvierten Unternehmen erhalten massive Unterstützung. Die geplante Anbaufläche ist mit insgesamt rund 1,4 Millionen Hektar extrem groß – sie entspricht fast der Fläche von Thüringen. Dafür wird kleinbäuerliches Agrarland verwendet, aber auch neue Anbauflächen erschlossen – unter anderem in Waldgebieten. In den Food Estates werden unterschiedliche Nahrungsmittel angebaut, so zum Beispiel Reis in Zentral-Kalimantan und Kartoffeln in Nordsumatra. Zivilgesellschaftliche Organisationen und indonesische Akademiker\*innen sind der Ansicht, dass die Projekte schlecht geplant sind und die Interessen von Unternehmen in den Mittelpunkt stellen. Außerdem stehe der Ansatz nicht im Einklang mit den Empfehlungen der FAO, die den Ländern als Reaktion auf die COVID-Pandemie vor allem vorschlägt, Probleme in der Versorgungskette zu lösen und Kleinbauern und Kleinbäuerinnen dabei zu unterstützen, die landwirtschaftliche Produktion entsprechend ihrer Bedürfnisse auszurichten.

zu Menschenrechtsverletzungen, der Erhöhung von Armut sowie Vulnerabilitäten von Kleinbäuer\*innen und Landarbeiter\*innen bei. Zudem hatte die Zerstörung der biologischen Vielfalt, die eine zentrale Rolle bei der Existenzsicherung der lokalen Bevölkerung spielt, direkte Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung.

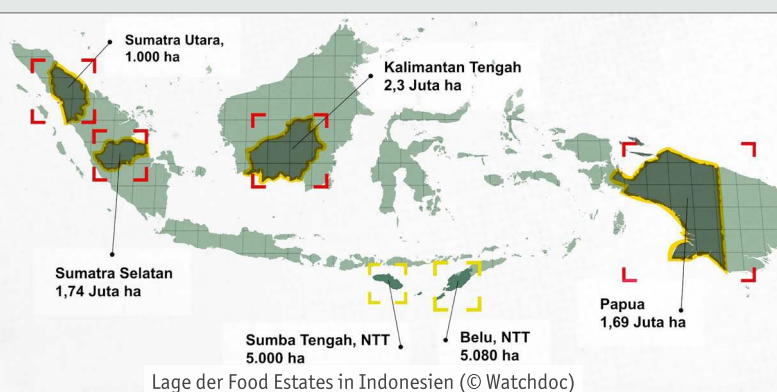
### Neue Abhängigkeiten durch Vertragsanbau

Recherchen von FIAN Indonesien zum Food Estate in Humbang Hasundutan Regency deuten darauf hin, dass die neuen Programme ähnlich scheitern könnten wie die Vorgängerprojekte. Das Dorf Ria-ria ist einer der Pilotstandorte in Nordsumatra. Die Kleinbäuer\*innen dort sind gezwungen, drei hochwertige Gemüsekulturen anzubauen: Kartoffeln, Schalotten und Knoblauch. FIAN Indonesien besuchte die Gemeinde im Sommer 2021 und dokumentierte zahlreiche Probleme, die auf Verstöße gegen das Recht auf Nahrung hinweisen. Einer der Hauptgründe hierfür ist der Vertragsanbau (*contract farming*) – ein System, das die Landwirte an Unternehmen bindet, die als Investoren und Abnehmer der Produkte auftreten. Im Rahmen des *contract farmings* schwindet die Autonomie der Bäuer\*innen über ihre landwirtschaftliche Produktion, da sie sich an die von den Abnehmern festgelegten Vorschriften halten müssen.

Der Vertragsanbau in den Food Estates ist dabei von ungleichen Machtverhältnissen gekennzeichnet. Die von FIAN Indonesien befragten Bäuer\*innen hatten keine Kopie ihres Vertrags erhalten, sondern nur ein Schreiben, dessen Inhalt vom Unternehmen diktiert wurde. Die Landwirte sind verpflichtet, Hybridsaatgut und andere von den Firmen geliehene Betriebsmittel zu verwenden. Die Darlehen für den Erwerb von Saatgut und die Nutzung der Geräte muss später durch die Ernteerträge beglichen werden. In dem Schreiben wird weder die Preisfestsetzung, die Risikominderung, eine Versicherung der Bäuer\*innen noch Beginn und Ende der Verträge erläutert. Das Food Estate-Programm erzeugt somit neue Abhängigkeiten der Kleinbäuer\*innen, während die Konzerne Kontrolle über das Land der lokalen Bevölkerung erlangen.

### Traditionelle Landwirtschaft weicht Monokulturen

Das Food Estate und der Anbau „hochwertiger“ Nutzpflanzen für den Nahrungsmittelmarkt hat die über Generationen entwickelte traditionelle Landwirtschaft in Ria-ria weitgehend verdrängt. Die Dorfbewohner\*innen bauten traditionell Weihrauch, Kaffee, indonesischen Zitronenpfeffer, Orangen, Reis und verschiedene Gemüsesorten an. Dazu haben die Bäuer\*innen über Generationen hinweg einen ausgeklügelten Anbaukalender entwickelt, der mit einer Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern und einer Vielzahl von Einnahmemöglichkeiten einhergeht.



Stattdessen legt das Food Estate-Programm den Schwerpunkt auf die Erschließung neuer landwirtschaftlicher Flächen und die Einführung neuer Anbaumethoden zur Steigerung der Produktivität. Dabei war die Verfügbarkeit von Reis, dem indonesischen Grundnahrungsmittel, aus nationaler Produktion im Jahr 2020 ungefährdet. Daher ist unklar, warum überhaupt ein Programm zur Steigerung der Grundnahrungsproduktion eingeführt wurde.

Schließlich wurde bei der Planung nicht aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. In den späten 1990er und 2010er Jahren waren ähnliche Vorhaben gescheitert. Diese hatten zu gravierenden ökologischen Schäden geführt, darunter die Zerstörung von Mooren und Wäldern durch riesige Brände. Auch trugen sie

Während die Männer zum Beispiel in den Wäldern Weihrauch und andere Waldprodukte sammeln, sind die Frauen für die Bewirtschaftung der Bauernhöfe und Reisfelder zuständig. Dieses Muster wurde jedoch durch die Einführung des *contract farmings* im Rahmen des Food Estate-Projekts gestört. Heute überschneiden sich die Anbauzeiten der Nutzpflanzen, und der Vertragsanbau absorbiert die Arbeitskräfte. Das bedeutet, dass die Kleinbäuer\*innen, die ursprünglich ihre Arbeitskraft für die diversen Strategien zur Ernährungssicherung eingesetzt hatten, nun fast ausschließlich in die kommerzielle Landwirtschaft eingebunden sind. Infolgedessen sind die Ernteerträge (zum Beispiel beim Reisanbau) sowie monetäre Einnahmen aus dem Verkauf von traditionell-erwirtschafteten Agrarprodukten zurückgegangen. Auch die Erträge der vorgeschriebenen Nutzpflanzen waren enttäuschend. Der Hauptgrund hierfür ist, dass die Behörden festlegten, die Anbauzeit so weit wie möglich vorzuverlegen. Gemäß der Erfahrungen der Bäuer\*innen in Ria-ria sollte das Land jedoch zur Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit erst drei bis sechs Monate nach der Rodung bebaut werden. Die Regierung hat außerdem einen spezifischen Erntezeitplan aufgestellt, der den Erfahrungen der lokalen Kleinbäuer\*innen zum Teil widerspricht. Die Ankaufspreise für die Ernten waren schließlich sogar niedriger, als die normalerweise angebotenen Preise lokaler Zwischenhändler\*innen.

### Falscher Ansatz zur Lösung der Ernährungsprobleme

Die Food Estates sind ein weiterer Versuch der Agrarindustrie, den Produktionsprozess zu kontrollieren. Begünstigt wird dies durch die asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen Kleinbäuer\*innen und Unternehmen. Anstatt agrarökologische Ansätze zu fördern, die den Nahrungsmittelbedarf der Familien decken und den Bestand der Ökosysteme sichern, hat sich die indonesische Regierung für die Abhängigkeit der



Bäuer\*innen bereiten Ackerland für das Food Estate in Nordsumatra vor.

Kleinbäuer\*innen von Unternehmen und deren Hybridsaatgut und Pestiziden entschieden.

Aktuelle Medienberichte zeigen, dass die Food Estates an mehreren Orten bereits aufgegeben wurden. Eine offizielle Programm-Prüfung zeigt fatale Fehler in der Haushaltsplanung und im Projektdesign. All dies macht deutlich, dass die Food Estates nicht nachhaltig sind und keineswegs dazu beitragen, die Widerstandsfähigkeit der indonesischen Bevölkerung während einer Pandemie zu erhöhen. Der UN-Sonderberichtsersteller für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, hat jüngst dargelegt, dass vor allem die Handlungsfähigkeiten von lokalen Gemeinden gestärkt und Agrarökologie gefördert werden muss, um den Hunger zu beseitigen (s. Artikel auf S. 16). Eine Antwort auf die Nahrungsmittelkrise in Indonesien sind die Food Estates nicht.



Rodung für das Food Estate in Zentral-Kalimantan (© Borneo Institute)

## Palmöl-Anbau in der Elfenbeinküste: der Fall SIAT

von Elena Schiff

**Die belgische Firma SIAT beansprucht in der Elfenbeinküste für den Anbau von Ölpalmen 11.000 Hektar Land. Die Plantagen in der Unterpräfektur Famienkro sind Gegenstand eines Streits zwischen mehreren Dörfern und der ivorischen SIAT-Tochterfirma Compagnie Hévécicole de Prikro (CHP). Dieser Text stützt sich auf die Dokumentationsarbeit lokaler Gemeinden und nationaler Organisationen sowie auf Recherchen von Journalisten in Zusammenarbeit mit FIAN Belgien.**

Die Société d'Investissement pour l'Agriculture Tropicale (SIAT) wurde 1991 gegründet und in Belgien als Aktiengesellschaft eingetragen. SIAT gehört zu den fünf Unternehmen, die rund 75 Prozent der Palmölplantagen in Afrika kontrollieren. Ihre Palmölprodukte werden unter anderem an Konzerne wie Unilever (England) und Nestlé (Schweiz) verkauft. Kautschuk geht beispielsweise an Michelin (Frankreich) und Goodyear (USA). Öffentlich stellt sich SIAT als umsichtig in Bezug auf Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen dar. So behauptet das Unternehmen, auf die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Gemeinden vor Ort zu achten, indem es diese aktiv „mit Bildung und Infrastruktur wie Straßenbau, Trinkwasser und Strom“ unterstützt und dadurch „Stabilität und Engagement schafft, was wiederum Sicherheit für die Investitionen bietet“.

Die betroffenen Gemeinden in der Elfenbeinküste, in Nigeria und Ghana hingegen werfen SIAT Landraub, mangelnde Konsultationen, die Verletzung von Arbeitsrechten und Umweltzerstörung vor. Hinzu kommen Verletzungen des Rechts auf Nahrung von indigenen Völkern und lokalen Gemeinden, die für ihren Lebensunterhalt auf das Land angewiesen sind. Immer wieder kommt es zu Protesten, auch am Stammsitz der Firma in Belgien.



Betroffene in der Elfenbeinküste (© Arnaud Ghys)

### Lange Vorgeschichte

Nach dreijährigen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Dorfbewohner\*innen hatte der ivorische Staat 1979 rund 5.000 Hektar Land der staatlichen Gesellschaft SODESUCRE zugeschlagen. Diese sollte dort Zuckerrohr anbauen. Die örtliche Bevölkerung hatte das Land zuvor im Rahmen von Gewohnheitsrechten bewirtschaftet; die Gemeinden erhielten eine geringe Kompensation. Der Staat stellte der Firma jedoch keine offiziellen Landtitel aus, so dass die Gewohnheitsrechte der Betroffenen fortbestanden. Bereits im Jahr 1982 stellte SODESUCRE die Tätigkeit wieder ein. Die örtlichen Bäuerinnen und Bauern kehrten auf ihre früher bewirtschafteten Parzellen zurück.

Im Jahr 2011 erfuhren die Gemeinden, dass die Regierung die Errichtung einer Kautschukplantage in dem zuvor von SODESUCRE beanspruchten Gebiet genehmigt hatte. Die Plantage sollte von der Compagnie Hévécicole de Prikro (CHP) betrieben werden, einer ivorischen Tochtergesellschaft der belgischen SIAT SA. Die Gemeinden wurden darüber informiert, dass das Unternehmen 11.000 Hektar erhalten würde – also mehr als das Doppelte der einst von SODESUCRE genutzten Fläche. Die Gemeinden beschwerten sich bei Behörden auf lokaler und nationaler Ebene. In den Schriftwechseln sprachen sie sich wiederholt gegen die Investition aus und wiesen darauf hin, dass für das betreffende Land die rechtlichen Voraussetzungen nicht vorliegen.

### Gerichtsverfahren und Repression

Im ivorischen Landgesetz von 1998 wird festgelegt, dass Besitzrechte des Staates nur für Flächen bestehen, die ausdrücklich auf seinen Namen eingetragen sind. Das Gesetz erkennt gewohnheitsrechtliche Eigentumsrechte an und bietet juristische Möglichkeiten für die offizielle Anerkennung von Gewohnheitsbesitz. Bei einer Überarbeitung des Gesetzes im Jahr 2013 wurde festgelegt, dass den Gemeinden eine Frist von zehn Jahren für Anerkennung ihres Landes eingeräumt wird, bevor der Staat eine Eintragung vornehmen kann, die für eine Vergabe an neue Eigentümer notwendig ist. In diesem speziellen Fall würde diese Frist 2023 ablaufen.

Im Jahr 2013 reichte eine Gruppe lokaler Dorfbewohner beim Gericht von M'Bahiakro eine Räumungsklage gegen SIAT ein. 2016 entschied das Gericht jedoch, dass die Gemeinden im Zuge des kurzlebigen SODESUCRE-Projekts ihre Landrechte an die Regierung abgetreten hätten und später keinen Pachtvertrag mit dem Staat abgeschlossen hatten. Die Gewohnheitsrechte wurden damit ignoriert. Die lokalen Gemeinden geben an, von den Vorverhandlungen ausgeschlossen worden zu sein.

Als Folge eines parallel gestellten und bewilligten Antrages von SIAT auf rückwirkende Registrierung der 11.000 Hektar Land durch das Landwirtschaftsministerium wurden im Jahr 2015 knapp die Hälfte – rund 5.000 Hektar – vom Staat im Rahmen eines langfristigen Pachtvertrags an die Firma abgetreten. Das Verfahren steht im klaren Widerspruch zum Landgesetz von 1998.

### Fehlende Zustimmung und leere Versprechen

Die Rahmenvereinbarung zwischen dem Unternehmen und der Regierung sieht vor, dass die Dörfer vor der Durchführung von Projekten, die ihre Rechte berühren, ihre Zustimmung geben müssen. Ihre vorherige Zustimmung ist auch gemäß Artikel 39 des ivorischen Umweltgesetzes und seiner Durchführungs-erlasse erforderlich. Dies ist nach Angaben der Betroffenen schlichtweg nicht passiert. Damit werden auch die UN-Erklärung

zu den Rechten indigener Völker (UNDRIP), die Leitlinien der FAO sowie die UN-Kleinbauernklärung verletzt.

Die lokalen Gemeinschaften haben sich über mehrere Jahre hinweg gegen die Landnahme gewehrt. Zwischen 2013 und 2015 wurden die Proteste jedoch mit Polizeigewalt und juristischen Repressalien zurückgedrängt. Zudem kam es zu Vertreibungen, Körperverletzungen und Todesopfern.

Die Vorgänge führten auch zu Spannungen innerhalb der bäuerlichen Gemeinden: ein Teil befürwortete die Investition, die zur Schaffung von 8.000 Arbeitsplätzen und der Verbesserung der Lage der Bevölkerung führen sollte. Das „Nein zum Kautschuk“-Lager lehnte die Aneignung von Land ab und sah sich in der Folge mit heftigen Repressalien konfrontiert. Schlussendlich wurde jedoch auch die Pro-Kautschuk-Seite enttäuscht: So sind auf SIATs Plantagen nicht wie versprochen 8.000, sondern lediglich ca. 1.000 Menschen beschäftigt – und dies unregelmäßig und mit langen Unterbrechungen.

### Wachsende Ernährungsunsicherheit

SIAT hat vor der Anlage der Kautschukplantagen keine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung durchgeführt, obwohl dies im ivoirischen Recht vorgeschrieben ist. Erst im Jahr 2015 wandte sich SIAT hierfür an die zuständigen Behörden – es bleibt jedoch unklar, ob eine Prüfung durchgeführt wurde, denn bis heute ist keine Bewertung veröffentlicht worden. Fraglich ist ohnehin, ob diese im Nachhinein überhaupt von Nutzen sein kann.

Klar ist: Den Bauern wurde das Land genommen, auf das sie für ihren Lebensunterhalt angewiesen waren. In Ermangelung anderer Einkommensquellen bewirkt dies weit verbreitete Ernährungsunsicherheit. Die großflächigen Monokulturen führten zudem zu einem Verlust an biologischer Vielfalt in der Region.

Eine Delegation betroffener Gemeinden aus Ghana, Nigeria und der Elfenbeinküste reiste im Juni 2022 nach Brüssel und überreichte dem Vorsitzenden von SIAT einen Brief, in dem sie



Wir wollen nicht für eure Reifen sterben (© Arnaud Ghys)

die Aneignung ihres Landes und die Verletzung ihrer Rechte anprangerte. Sie fordert eine aktive Beteiligung der lokalen Gemeinschaften und einen fairen Wiedergutmachungsprozess. Bei einer Kundgebung vor den Geschäftsräumen des Unternehmens in Zaventem lauteten die Transparente und Slogans: „Gebt uns unser Land zurück“, „Nein zur Abholzung für Monokulturen“ und „Menschenrechte vor Profit“.

### Delegation

- **Gladys Omorefe Osaghae** (Nigeria): Bäuerin, Gemeindeleiterin und Mitglied der Integrated Rice Farmers Association of Nigeria
- **Sinan Ouattara** (Elfenbeinküste): Vertreter lokaler Gemeinden und Vorsitzender der Allianz für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt
- **Daleba Nahounou Pierre Lautti** (Elfenbeinküste) von den Jeunes Volontaires pour l'Environnement
- **Rita Uwaka** (Nigeria): Koordinatorin des Programms Wald & Biodiversität bei Friends of the Earth Africa
- **Wisdom Koffi Adjawlo** (Ghana): Geschäftsführender Direktor von Youth Volunteer for the Environment



Protest am Stammsitz von SIAT in Belgien (© Arnaud Ghys)

## UN-Bericht: Pandemie verschärft Hungerkrise

von Laura Ortloff

**Die COVID-Pandemie hat die weltweiten Ernährungsprobleme verschärft. Im Jahr 2021 lebten daher 2,3 Milliarden Menschen in „moderater bis schwerer Ernährungsunsicherheit“. Auffällig sind die wachsenden Geschlechts-Unterschiede: 31,9 Prozent der Frauen befinden sich in einer unsicheren Ernährungssituation, während 27,6 Prozent der Männer betroffen sind. Dr. Michael Fakhri, Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, hat hierzu einen Bericht an den UN-Menschenrechtsrat vorgelegt.**

In seinem Bericht „The right to food and the coronavirus disease pandemic“ stellt der UN-Sonderberichterstatter fest, dass die ernste Ernährungslage kein Ergebnis von Lebensmittelknappheit oder zu geringer Produktivität ist. Internationale Institutionen und nationale Regierungen hätten es vielmehr versäumt, die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen in den Mittelpunkt zu stellen. Stattdessen hätten die Pandemie-Maßnahmen oftmals Agrarkonzerne und Finanzakteure gestärkt.

Vielfach hätten die Regierungen in der Pandemie informelle Arbeit untersagt, was zu Armut und Mangelernährung führte, besonders bei Frauen und Mädchen. Zugleich wurde der formelle Sektor in Gang gehalten. Darüber hinaus traf die Pandemie vor allem Kleinbäuer\*innen, von denen schon zuvor ein großer Teil in Erwerbsarmut und Ernährungsunsicherheit lebte. Und auch hier waren Frauen besonders betroffen, vor allem durch Diskriminierung in Bezug auf Landbesitz, Löhnen und den Besitz von Tieren.

Manche Regierungen hätten effektive Maßnahmen vorgenommen, darunter Direktzahlungen an Bedürftige, verbesserte Arbeitsrechte oder die Stärkung lokaler Märkte. Laut Michael Fakhri zeigt dies, dass „es keinen Mangel an Lösungen gibt, die Lebensmittelsysteme umzugestalten, sondern einen Mangel an politischer Entschlossenheit, die strukturellen Herausforderungen anzugehen“.

Vielfach hätten Agrarkonzerne während der Pandemie ihre Gewinne sogar erhöhen können, da die Ernährungssysteme seit der Grünen Revolution nach den Maßstäben der Industrie gestaltet wurden. Produktivität würde allein anhand von Output und Wirtschaftswachstum bewertet, anstatt nach der Reduktion von Hunger oder ökologischen Kriterien. Daher würde Mangelernährung trotz des enormen Produktivitätszuwachses seit den 60er Jahren nicht abnehmen.

### Anstieg von Kinderarbeit

Die staatlichen Lockdowns stürzten unzählige Familien in Notlagen. Dies führte dazu, dass 2021 erstmals seit zwanzig Jahren ein Anstieg von Kinderarbeit verzeichnet wurde – auf nun 160 Millionen. Gut zwei Drittel der globalen Kinderarbeit findet im Agrarsektor statt (s. Artikel S. 17).

Auch mit Hinblick auf die Klimakrise sei eine Umgestaltung der Ernährungssysteme geboten. Hierfür benötige es einen raschen Übergang zur Agrarökologie. Diese könne den Lebensmittelbedarf decken und durch eine höhere Pflanzendiversität die Resilienz gegenüber dem Klimawandel erhöhen. Zugleich generiere die Agrarökologie eine große Anzahl neuer Arbeitsplätze, da es sich um eine arbeitsintensive Praxis handelt.

Nach Aussage von Fakhri verstärkten COVID-19 und die Klimakrise zudem die Nachfrage nach Land. Investoren sicherten sich immer mehr Flächen, teilweise über irreguläre Landtitel. Die Zahl an Landkonflikten und Landgrabbing nimmt zu. Unsichere Besitzverhältnisse wiederum verstärken Hunger und Armut.

### Agrarreformen und Agrarökologie

Abschließend formuliert Michael Fakhri eine Reihe von Empfehlungen: Als Antwort auf die anhaltende Hungerkrise sollten die ärmsten Staaten die Möglichkeit erhalten, den Export von Lebensmitteln auszusetzen. Weltweit sollte Transparenz über nationale Nahrungsreserven geschaffen werden. Erfolgreiche Maßnahmen zur Hungerbekämpfung sollten dauerhaft übernommen werden, darunter flächendeckende Schulesen, die Stärkung lokaler Märkte und die Unterstützung von Kleinbäuer\*innen, Kleinfischer\*innen und anderen vulnerablen Gruppen.

Da in fast allen Ländern genügend Nahrungsmittel vorhanden sind, solle der Transfer von Bargeld an besonders Bedürftige fortgesetzt werden. Auf internationaler Ebene müssten den ärmsten Ländern Schulden erlassen werden, damit diese ihre öffentlichen Aufgaben fortführen können. Zudem sollten Landrechte gestärkt und Agrarreformen durchgeführt werden. In Einzelfällen müsse dies auch die Enteignung von Landflächen beinhalten. Diese sollten an indigene Völker und ländliche Gemeinden für die agrarökologische Produktion von Lebensmitteln verteilt werden.

Zuletzt schlägt Fakhri vor, die zunehmende Konzernmacht zu begrenzen. Die industrielle und exportorientierte Agrarwirtschaft trug in den letzten Jahrzehnten zu steigender Umweltverschmutzung bei, darunter zu hohen Treibhausgasemissionen. Neben der Zerstörung von Ökosystemen erleichtere dies die Verbreitung von Krankheitserregern, insbesondere Zoonosen wie den COVID-19 Virus.

*The right to food and the coronavirus disease pandemic, Report of the Special Rapporteur on the Right to Food, Michael Fakhri, A/77/177*





## Menschenhandel im Agrarsektor

von Jan Phillip Salver und Philipp Mimkes

**Die UN-Sonderberichterstatterin zu Menschenhandel, Prof. Siobhán Mullally, hat einen Bericht zu Menschenhandel im Agrarbereich vorgelegt. Dieser findet sich vor allem in Südamerika, Afrika und Südasien. FIAN hat den Report ausgewertet und steht mit der Sonderberichterstatterin im Austausch.**

Die Degradierung eines Menschen zu einem bloßen Objekt Dritter widerspricht dem Ausgangspunkt all unserer Überzeugungen, der unantastbaren Menschenwürde. Dennoch sind nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) heute rund fünfzig Millionen Menschen in moderner Sklaverei gefangen<sup>1</sup>. Dies wird auch in dem aktuellen Bericht „Trafficking in persons in the agriculture sector“ deutlich, den die UN-Sonderberichterstatterin Prof. Siobhán Mullally jüngst dem Menschenrechtsrat vorgelegt hat<sup>2</sup>.

Unter Menschenhandel versteht man die Ausbeutung von Personen durch Gewalt, Entführung, Betrug oder Ausnutzung von Hilflosigkeit. In Ländern mit geringem Einkommensniveau herrschen solche Verhaltensweisen überwiegend im

### Tabakanbau in Malawi

Im Juli 2022 brachten Siobhán Mullally und der Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri der malawischen Regierung gegenüber ihre Besorgnis über die Arbeitsverhältnisse auf Tabakfarmen zum Ausdruck. Berichten zufolge erleiden mehr als 7.000 Landpächter samt ihrer Familien Zwangsarbeit unter gefährlichsten Bedingungen. Auf den abgeschiedenen Betrieben fallen sie in tiefste Abhängigkeit: Der Zugang zu Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten wird von den Farmbetreibern kontrolliert. Das tägliche Arbeitspensum in Hochphasen von 6:00 Uhr bis Mitternacht wird von allen Familienmitgliedern eingefordert. Kinder werden bereits ab einem Alter von drei Jahren in das Pflücken der Tabakblätter eingebunden. Mit dem Erreichen des sechsten Lebensjahres übernehmen sie die gleichen Aufgaben wie Erwachsene. Frauen werden weder in Vertragsvereinbarungen einbezogen noch für ihre Arbeitsleistung unmittelbar bezahlt.



Agrarsektor: informelle Arbeit und fehlende Kontrollen (ILO/Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)

Agrarsektor. Weltweit finden sich hierin 28 Prozent aller Zwangsarbeiter\*innen; etwa 43 Prozent davon sind Frauen. Besorgniserregend ist darüber hinaus, dass in den letzten vier Jahren die Zahl der Kinderarbeiter\*innen um 8,4 Millionen zugenommen hat. Auch dies macht sich in erster Linie im Agrarsektor bemerkbar: rund drei Viertel der fünf- bis vierzehnjährigen arbeitenden Kinder finden sich dort.

Mullally erläutert in ihrem Bericht eindrücklich, dass Menschenhandel stets ein Produkt äußerer Umstände ist. Als solche nennt sie die häufig zu Landraub führende intensive Landwirtschaft, Umweltverschmutzung, Entwaldung sowie die Übernutzung von Wasservorkommen. Vor allem indigene Völker verlieren durch die Zerstörung der Lebensräume ihre Erwerbsgrundlage und werden in die Klauen des Menschenhandels getrieben.

Verschiedenste Mechanismen halten das unbarmherzige Laufband in Schwung: Schuldknechtschaft, die Beschlagnahme von Reisedokumenten oder Androhung von Abschiebung. Zugrunde liegen stets fehlende oder ineffektive rechtliche Rahmenbedingungen. Gerade für den Agrarsektor gelten in vielen Gerichtsbarkeiten Ausnahmeregelungen zu Kinderarbeit oder dem Recht auf Vereinigungsfreiheit. Aufgrund des hohen Levels informeller Arbeit ist der Agrarbereich geradezu für den Menschenhandel prädestiniert.

### Internationale Anstrengungen

Bereits 1921 wurde die Bedeutung der Vereinigungsfreiheit landwirtschaftlicher Beschäftigter durch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hervorgehoben. Die jüngst verabschiedete UN-Kleinbauernerklärung UNDROP hat diese erneut bestätigt. Doch werden Prof. Mullally zufolge zwar erhebliche Anstrengungen unternommen, um Aufsichtsbehörden zu stärken. Die Auswirkungen auf ländliche Gebiete seien jedoch begrenzt: Strafen werden kaum ausgesprochen; ferner sei die Anzahl unangekündigter Inspektionen zu gering oder aufgrund von Korruption vorhersehbar.

Die Sonderberichterstatterin hebt hervor, dass die Regulierung von Unternehmen und der Zugang zu Rechtsmitteln staatliche Pflichten sind. Entscheidend sei insbesondere die lückenlose Umsetzung des Übereinkommens der ILO über die Arbeitsaufsicht in der Landwirtschaft von 1969 und des Protokolls von 2014 zu Zwangsarbeit. Nationale Kontaktstellen für verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln oder die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen hingegen entfalteten nur begrenzte Wirkung – wie auch FIAN in verschiedenen Verfahren erlebt hat. Zusätzliche Ressourcen und ein gestärkter Rechtsrahmen seien insofern von Nöten.

1 Forced Labour and Forced Marriage, ILO (2022)

2 Trafficking in persons in the agriculture sector, A/HRC/50/33

## Deutschland ratifiziert Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt

**Am 11. November hat der Bundestag der Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt zugestimmt. Hierdurch erhalten Opfer von Menschenrechtsverletzungen die Möglichkeit, ihren Fall von den Vereinten Nationen prüfen zu lassen. FIAN setzt sich seit über 30 Jahren für ein solches Individualbeschwerderecht ein. Rolf Künnemann, langjähriger *Human Rights Director* von FIAN International, lässt die wohl längste FIAN-Kampagne Revue passieren.**

Im Januar 1976 trat der UN-Sozialpakt in Kraft, in dem das Recht auf Nahrung verankert ist. Zwei Monate später folgte der Pakt über bürgerlich-politische Rechte zusammen mit einem Zusatzprotokoll. Dieses erlaubt eine Beschwerde von Einzelpersonen gegen Verletzungen des Paktes. Man nennt es auch Fakultativprotokoll oder im Englischen „Optional Protocol“. Dem Sozialpakt wurde ein solches Protokoll jedoch verwehrt. Die Menschenrechts-Pakte sind mit Ausschüssen versehen, die ihre Umsetzung überwachen und ihre Inhalte weiterentwickeln. Der zum Sozialpakt gehörende Ausschuss war erst 1987 arbeitsfähig. FIAN International (Recht auf Nahrung) und Habitat International (HIC) zum Recht auf Wohnung waren damals die einzigen Nichtregierungsorganisationen, die den Ausschuss unterstützten. Seit seiner fünften Sitzung 1991 bereitete der Ausschuss die Einrichtung eines Zusatzprotokolls vor. FIAN und HIC unterstützten die Initiative. Scott Leckie (HIC) und ich schrieben 1992 einen ersten zivilgesellschaftlichen Entwurf für dieses Protokoll.

### „Dauerkampagne“ von FIAN

Die Menschenrechtskommission forderte den Sozialausschuss 1994 auf, einen Entwurf vorzulegen. Dieser war 1995 fertig und wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses, Phil Alston, auf einer Konferenz des niederländischen Menschenrechtszentrums in Utrecht vorgestellt. FIAN war ebenfalls vertreten: Das Zentrum hatte mich eingeladen, einen Beitrag aus der Sicht des Menschenrechts auf Nahrung zu leisten. Das Zentrum in Utrecht stellte zudem einen eigenen Protokoll-Entwurf vor. So wurde die internationale Debatte immer konkreter.

Für FIAN International war der Einsatz für das Fakultativprotokoll zur Dauerkampagne geworden. Sie wurde in Genf und weltweit mit einer wachsenden Zahl zivilgesellschaftlicher Akteure vorangetrieben. Die Menschenrechtskommission richtete schließlich eine „offene Arbeitsgruppe“ ein, die in ihren ersten drei Sitzungen 2004 bis 2006 mit einem vagen Mandat „verschiedene Möglichkeiten der Ausarbeitung eines Zusatzprotokolls untersuchen“ sollte. Von einem Entwurf war nicht die Rede.

Die „OP-Coalition“, in der FIAN eine führende Rolle spielte, tat ihr Bestes. Ein Durchbruch wurde 2006 erzielt, als der neue Menschenrechtsrat das Mandat der Arbeitsgruppe änderte. Es zielte nun auf den Entwurf eines Protokolls. In zwei Sitzungen 2007 und 2008 erstellte sie unter der Leitung von Catarina de Albuquerque das Zusatzprotokoll unter Beteiligung zahlreicher Staatenvertreter in teilweise sehr schwierigen Verhandlungen, zu denen FIAN International (in Genf vertreten unter anderem durch Sandra Epal-Ratjen) mit Lobbyarbeit beitrug. Das Protokoll wurde schließlich am 10. Dezember 2008 angenommen und war im folgenden Jahr bereit für die Ratifikation.

Es ging nunmehr um die Ratifizierung durch zehn Staaten, damit das Protokoll in Kraft treten konnte. Dabei waren vor allem die nationalen FIAN-Sektionen gefordert. Im Mai 2013 war es geschafft, nachdem Uruguay als zehntes Land ratifiziert hatte. Heute hat das Protokoll 26 Mitgliedsstaaten und 24 Unterzeichner, darunter in Europa Frankreich, Spanien, Portugal, Italien und Belgien. Die Ratifizierung durch Deutschland ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Menschenrechte insgesamt – und der Sozialen Menschenrechte insbesondere.

Anlässlich der Zustimmung im Bundestag äußerte Friederike Diaby-Pentzlin, Vorsitzende von FIAN Deutschland, die Hoffnung, dass sich deutsche Gerichte in ihren Urteilen nun häufiger auf den UN-Sozialpakt beziehen. Diaby-Pentzlin kritisiert jedoch die lange Verfahrensdauer: Bereits die vorherige Bundesregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag eine Zustimmung vereinbart; dies war jedoch am Widerstand der CDU gescheitert. Der UN-Sozialausschuss hatte die Nicht-Ratifizierung durch Deutschland wiederholt kritisiert.



Überprüfung von Deutschland im UN-Sozialausschuss (2018)

FIAN International machte das Zusatzprotokoll 1993 zum Hauptthema seiner Kampagne während der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien. FIAN war dort vertreten mit einer Delegation unter Leitung von Michael Windfuhr. In ihrer Schlusserklärung „ermutigte“ die Konferenz die Menschenrechtskommission, „zusammen mit dem Sozialausschuss die Untersuchung von Zusatzprotokollen für den Sozialpakt fortzusetzen“. FIAN beschloss, nicht lockerzulassen und begann ein Netzwerk aufzubauen. Es sollte aber noch 15 Jahre dauern, bis das Protokoll angenommen und in diesem Sinne die Gleichheit der Menschenrechte hergestellt war.

## FIAN Kontakt

FIAN Deutschland • Gottesweg 104 • 50939 Köln • Tel.: 0221-474491-10 • Fax 0221-474491-11 • [info@fian.de](mailto:info@fian.de) • [www.fian.de](http://www.fian.de)

### FIAN Lokalgruppen

**Berlin**, Maren Staeder, [info@fian-berlin.de](mailto:info@fian-berlin.de)

**Kontakt Hamburg**: Heiko Hansen, [heiko.hansen@mailbox.org](mailto:heiko.hansen@mailbox.org)

**Heidelberg**, Charlotte Dreger, [charlottedreger@posteo.de](mailto:charlottedreger@posteo.de)

**Marl**, Klaus-Dieter Hein, [kghein@t-online.de](mailto:kghein@t-online.de)

**München**, Arne Klevenhusen, [fian@muenchen-mail.de](mailto:fian@muenchen-mail.de)

**Münsterland**, Kontakt: [info@fian.de](mailto:info@fian.de)

**Rheinland**, [fian\\_rheinland@web.de](mailto:fian_rheinland@web.de)

**Tübingen**, Harald Petermann, [fian-tuebingen@web.de](mailto:fian-tuebingen@web.de)

### FIAN Arbeitskreise

**AK Agrar**, Roman Herre, [r.herre@fian.de](mailto:r.herre@fian.de)

**AK Bildung**, Barbara Lehmann-Detscher, [b.lehmann-detscher@fian.de](mailto:b.lehmann-detscher@fian.de)

**AK Gender**, Gertrud Falk, [g.falk@fian.de](mailto:g.falk@fian.de)

**AK Klima**, Jeanette Schade, [jeanette.schade@posteo.de](mailto:jeanette.schade@posteo.de)

**AK Jurist\*innen**, Tim Engel, [tim.engel@arcor.de](mailto:tim.engel@arcor.de)

**Fallarbeitsgruppe Ecuador**, Sini Bodemer, [sini.bodemer@fian-berlin.de](mailto:sini.bodemer@fian-berlin.de)

**Team Fallarbeit**, Philipp Mimkes, [p.mimkes@fian.de](mailto:p.mimkes@fian.de)

### FIAN-Beirat

**Prof. Dr. Remo Klinger**, Rechtsanwalt und Honorarprofessor der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

**Christine von Weizsäcker**, Biologin, Vorsitzende Ecoropa

**Wolfgang Kaleck**, Menschenrechtsanwalt, Generalsekretär ECCHR

**Prof. Dr. Michael Krennerich**, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik (Uni Erlangen-Nürnberg), 1. Vorsitzender Nürnberger Menschenrechtszentrum

**Prof. Dr. Maria Müller-Lindenlauf**, Agrarwissenschaftlerin mit Fachgebiet Agrarökologie (Hochschule Nürtingen-Geislingen)

**Prof. (em) Dr. Franz Segbers**, Sozialethiker

**Prof. Dr. Stefan Selke**, Soziologe (HAW Furtwangen)

**Dr. Brigitte Hamm**, Politikwissenschaftlerin, ehem. Institut für Entwicklung und Frieden (Uni Duisburg)

**Dr. Rainer Huhle**, Politologe, ehem. Mitglied UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, Vorstand Nürnberger Menschenrechtszentrum

**Prof. (em) Dr. Hanns Wienold**, Soziologe, Ernährungsexperte für Lateinamerika und Südasiens

**Prof. Dr. Anne Lenze**, Sozialrechtlerin (Hochschule Darmstadt)

**Dr. Steffen Kommer**, Jurist, Autor „Menschenrechte wider den Hunger“

### Geschäftsstelle

**Almudena Abascal**, Fallarbeit Lateinamerika  
[a.abascal@fian.de](mailto:a.abascal@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-13

**Gertrud Falk**, Jahresthema, Bildungsarbeit, Gender, Multiplikator\*innen, Pressekontakte  
[g.falk@fian.de](mailto:g.falk@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-15

**Sandra Falkenau**, Finanzverwaltung  
[s.falkenau@fian.de](mailto:s.falkenau@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-14

**Marian Henn**, Lateinamerika, Bildungsarbeit  
[m.henn@fian.de](mailto:m.henn@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-10

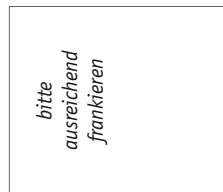
**Roman Herre**, Landwirtschaft, Landkonflikte, Welternährung, [r.herre@fian.de](mailto:r.herre@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-13

**Barbara Lehmann-Detscher**, Spenden, Mitgliedschaft, Fundraising, Bildungsarbeit  
[b.lehmann-detscher@fian.de](mailto:b.lehmann-detscher@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-16

**Philipp Mimkes**, Geschäftsführung, Fallarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion FoodFirst  
[p.mimkes@fian.de](mailto:p.mimkes@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-20

**Mathias Pfeifer**, Fallarbeit Südostasien  
[m.pfeifer@fian.de](mailto:m.pfeifer@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-13

**Sarah Widdig**, Webseite, Öffentlichkeitsarbeit  
[s.widdig@fian.de](mailto:s.widdig@fian.de), Tel.: 0221 – 474491-10



**FIAN Deutschland e.V.**  
**Gottesweg 104**  
**50939 Köln**

|      |         |         |         |        |                              |
|------|---------|---------|---------|--------|------------------------------|
| Name | Strasse | PLZ/Ort | Telefon | E-Mail | Geburtsdatum (für Statistik) |
|------|---------|---------|---------|--------|------------------------------|

Bitte tragen Sie Ihre vollständige Anschrift ein, für die Angabe einer E-Mail-Adresse und/oder Telefonnummer wären wir Ihnen sehr dankbar. Ihre Daten werden nicht weitergegeben und nur zu vereinsinternen Zwecken verwendet!



www.fian.de



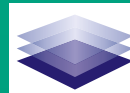
fiandeutschland



fiandeutschland



fiangermany



Initiative  
Transparente  
Zivilgesellschaft

Ist Ihre Anschrift noch aktuell? Teilen Sie uns Änderungen bitte rechtzeitig mit!

ISSN 1611-5880

## Termine

- 10. Januar** Ringvorlesung Uni Köln (Online): Frauen ernähren die Welt – aber unter welchen Bedingungen?
- 19. Januar** GFFA: Fachpodium „Resiliente Ernährungssysteme schaffen“, Berlin
- 21. Januar** Kundgebung „Wir haben es Satt“, Berlin
- 28. Januar** FIAN-Aktiventreffen, JH Köln
- 11. Februar** Saatgutfestival, VHS Studienhaus am Neumarkt, Köln
- 22. Mai** BUGA Mannheim: Landvertreibung für eine Kaffeeplantage
- 7. - 11. Juni** FIAN-Stand beim Evangelischen Kirchentag, Nürnberg

Informationen zu Anmeldung und Anfangszeiten: [info@fian.de](mailto:info@fian.de)

### Ich möchte FIAN-Mitglied werden

Die Mitgliedschaft beinhaltet die Zusendung des FoodFirst-Magazins

Mein Jahresbeitrag:  60 Euro  120 Euro  \_\_\_\_\_ Euro

### Ich möchte meinen Beitrag erhöhen

Ab dem \_\_\_\_\_ erhöhe ich meinen Beitrag um \_\_\_\_\_ Euro pro Monat.

### Ich möchte das FoodFirst abonnieren

als  Druckexemplar  pdf-Abo an:

E-Mail \_\_\_\_\_

Abo-Jahresbeitrag: (Bei Auslandsversand zzgl. 10 Euro)

15 Euro Standardabo  30 Euro Förderabo

### Ich erteile FIAN eine Einzugsermächtigung

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige FIAN Deutschland e.V., Gottesweg 104, 50939 Köln, Gläubiger-Identifikationsnummer DE2ZZZ00000081635, wiederkehrende Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von FIAN Deutschland e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

#### Meine Zahlungsweise:

jährlich  halbjährlich  vierteljährlich  monatlich

\_\_\_\_\_  
KontoinhaberIn

\_\_\_\_\_  
Kreditinstitut (Name und BIC)

IBAN: DE \_\_ | \_\_\_\_ | \_\_\_\_ | \_\_\_\_ | \_\_\_\_ | \_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## Impressum

Herausgeber: FIAN Deutschland e.V.

Tel.: 0221 – 474491-10 • Fax 0221 – 474491-11

[www.fian.de](http://www.fian.de) • [info@fian.de](mailto:info@fian.de)

**Ausgabe 4/2022 • Erscheinungsdatum: Dezember 2022**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Philipp Mimkes

V.i.S.d.P.: Philipp Mimkes

Layout: Silvia Bodemer

Lektorat: Philipp Mimkes

Fotos: © FIAN oder s. Bildunterschrift; Titelbild: KZN/Mathias Rittgerott (Rettet den Regenwald e.V./Flickr, CC BY-NC-ND 2.0)

Druck: Basisdruck GmbH, Duisburg, auf 100% Recyclingpapier

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr

Druckauflage: 1.700 • Einzelpreis: 4,00 Euro Schutzgebühr

Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten

Abonnement: 15,- Euro Standardabo, 30,- Euro Förderabo

Auslandsversand: zzgl. 10,- Euro

Die nächste Ausgabe erscheint im März 2023.

#### Spendenkonto FIAN Deutschland:

GLS-Bank Bochum

IBAN: DE84 4306 0967 4000 444400 • BIC: GENODEM1GLS